

„Flüchtlingsverwaltungen“. Unter Mißachtung der Kontrollratsbeschlüsse entstand eine Unzahl von Flüchtlingsorganisationen wie Heimatverbände und Landsmannschaften, die zu einem „Zentralverband der Heimatvertriebenen“ zusammengefaßt sind. Nach offiziellen Meldungen befanden sich Anfang 1950 noch 500 000 Umsiedlerfamilien in Lagern und Massenunterkünften wie Bunkern, Sälen, Turnhallen, Kegelbahnen usw.

Beispielsweise gibt es auch in Schleswig-Holstein ein Gesetz über die Bodenreform. Dies mußte bereits fünfmal geändert werden. Obwohl sich 60 000, darunter 36 000 Umsiedlerbauern, um Grund und Boden bewerben, haben sie bis heute keinen einzigen Hektar Land erhalten. Das ist das, was man in Westdeutschland für den ehemaligen Umsiedler geschaffen hat. Und warum? Weil der amerikanische Imperialismus den dritten Weltkrieg, den Krieg gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien vorbereitet und dazu Söldnerarmeen benötigt, wobei die ehemaligen Umsiedler ein beachtliches Kontingent stellen sollen. Deshalb werden sie nicht in Wohnungen untergebracht, die Bodenreformgesetze nicht durchgeführt, das Arbeitslosenheer vergrößert und die ehemaligen Umsiedler mit revisionistischer, chauvinistischer Propaganda und Rückkehrversprechungen überschwemmt.

So sprach z. B. im Juli ds. Js. in Hamburg, wie aus einem Artikel der „Rheinzeitung“, Koblenz, hervorgeht, der Vorsitzende des „Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen“, Dr. Linus Kather, der sich energisch gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Abtrennung des Sudetenlandes wandte. Er bezeichnete diese Schritte als „fluchwürdige Unternehmen“. Der Bremer Senatspräsident Wilhelm Kaisen erklärte am 8. August ds. Js. in Bremen, daß das Unrecht, das durch Potsdam und über Potsdam hinaus geschehen sei, niemals anerkannt werde.

Während in immer stärkerem Maße in Westdeutschland imperialistische Aggressionspolitik besonders auch mit der Not von Umsiedlern betrieben wird, hat die Deutsche Demokratische Republik das Umsiedlerproblem gemäß den Potsdamer Beschlüssen gelöst, die Oder-Neiße-Grenze anerkannt und mit allen nationalbewußten Kräften den Weg des Friedens für die demokratische Einheit, für den weiteren Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik beschritten. Das Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik wird, wie eingangs schon ausgeführt, als Ausdruck und Ergebnis unserer seit 1945 verfolgten Politik und bei richtiger Anwendung sowie Kontrolle mit Hilfe der demokratischen Parteien und Massenorganisationen die Lage der ehemaligen Umsiedler weiter verbessern bis zur restlosen Verschmelzung mit der übrigen Bevölkerung.

Präsident Buchwitz:

Zu diesem Bericht der Regierung spricht zu den Abgeordneten des Hauses die Abg. Frau Thürmer.

Abg. Frau Thürmer (LDP):

Meine Damen und Herren!

Nach Annahme dieses Gesetzes bin ich, wenn ich in den Versammlungen der Nationalen Front sprach, verschiedentlich gefragt worden, warum dieses Gesetz nur für die Umsiedler erlassen wurde und warum nicht die Ausgebombten berücksichtigt worden sind. Die Menschen, die so fragen, vergessen, daß es zwar ganz gewiß sehr schwer ist, seine Wohnung und seine Habe zu verlieren, daß aber für die Umsiedler noch hinzukommt der Verlust ihrer Heimat, ihrer Existenz, ihres früheren Freundeskreises, manchmal der Familie und vor allem des gewohnten Arbeitsplatzes. Sie mußten sich in einer völlig

anderen Umgebung einleben unter Menschen, die manchmal eine andere Sprache sprechen und sehr oft einen ganz anderen Lebensrhythmus haben.

Mit der zurückflutenden deutschen Armee mußten Millionen von Menschen buchstäblich über Nacht Haus und Hof verlassen, zum Teil in entsetzlicher Winterkälte, und unter größten, oftmals geradezu ungeheuerlichen Strapazen versuchen, wieder irgendwo anders Fuß zu fassen. Nach dem Abkommen von Potsdam sollten sie aufgeteilt und in den verschiedenen Zonen Deutschlands angesiedelt werden. So kamen in das Gebiet unserer Deutschen Demokratischen Republik im Verlaufe der Umsiedlung 4 312 000 Menschen.

Niemand wird das Bild der Elendszüge vergessen können. Es ist untrennbar vom Begriff eines Krieges überhaupt. Wir wollen sie auch nicht so schnell vergessen. Es sollte warnend immer wieder den Menschen vor Augen geführt werden, die vielleicht der Meinung sind, daß Deutschland in einem neuen Krieg nichts zu verlieren hätte.

Der Sächsische Landtag hat sich vom Beginn seiner Arbeit immer wieder, anfänglich fast in jeder Sitzung, mit dem besonderen Problem der Umsiedler beschäftigt. Nach Überwindung der größten Not mußten sie seßhaft gemacht werden und durch Zuweisung einer Wohnung und eines neuen Arbeitsplatzes ein neues Heimatgefühl bekommen und das Interesse an unserer Arbeit und unseren Aufbauplänen gewinnen.

Sie haben eben den Bericht des Regierungsvertreters gehört, aus dem hervorgeht, wieviel doch mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln geschaffen wurde. Trotz aller Versuche der Länder ist nun erst eine wirklich großzügige Hilfsmaßnahme durch das neue Gesetz von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet worden. Den Umfang der Aufgabe zeigen Ihnen die Zahlen, die der Herr Regierungsvertreter gab und die in der Volkskammer auch vom Herrn Staatssekretär Warnke gegeben wurden.

Ich möchte hinzufügen, daß von der gesamten Bevölkerung unserer Republik über 24 v. H. ehemalige Umsiedler sind und daß sich selbstverständlich ihr Anteil in allen Berufen spiegelt. Ich möchte weiter hinzufügen, daß bisher 90 500 ehemalige Landarbeiter, besonders aus Ostpreußen und Pommern, zu Neubauern geworden sind. Es sind 35 v. H. aller Neubauernstellen von Umsiedlern besetzt worden. Durch besondere Kredite sind die Handwerker und Gewerbetreibenden unterstützt worden. Insgesamt wurden als einmalige Beihilfen bisher 406 Millionen DM an Umsiedler ausgezahlt, aber diese Hilfe — so wichtig sie ist — ist gar nicht immer in Zahlen auszudrücken.

Wir haben gehört, daß durch den Suchdienst für vermißte Deutsche 1 375 000 getrennt lebende Familienangehörige zusammengeführt wurden, daß fast 35 000 Kinder im Verlaufe dieser Aktion ihren Eltern zurückgegeben werden konnten. Das sind keine Zahlen, sondern Schicksale.

Und nun kommt das neue Gesetz. Es ist großzügig und spiegelt das sich hebende Lebensniveau in unserer Republik wider, an dem die Umsiedler ihren Anteil haben sollen. Wir hatten die Freude, zu sehen, daß viele von den Anträgen, die im Laufe dieser Jahre von den verschiedenen Parteien hier in unserem Landtag eingebracht worden sind und die dann nach sorgfältiger Prüfung in den Ausschüssen nach Berlin an die Regierung als Material gegeben wurden, in diesem Gesetz berücksichtigt wurden. Sinn und Wortlaut zeigen deutlich, daß es sich nicht um einen Akt, sagen wir einmal der Wohlfahrts- oder Armenunterstützung handelt, sondern um Rechtsansprüche, durch die auch die Neubürger dieser Republik wieder zum Wohlstand kommen sollen und werden. Viele